

Thema aktuell

Heute: SPD

Für was Lehrkräfte einstellen? Über den Zynismus grün-schwarzen Stellenabbaus in Anbetracht steigenden Unterrichtsausfalls



Von Dr. Stefan Fulst-Blei, MdL,
bildungspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion

Warum haben Grüne und CDU zu Beginn des Schuljahres 1.074 Lehrerstellen gestrichen? Und warum nimmt die CDU die Grünen für ihren beharrlichen Stellenabbau auch noch in Schutz?

Es ist kaum zu glauben: Baden-Württemberg befindet sich derzeit in einer so guten finanziellen Lage wie schon lange nicht mehr. Dank sehr guter Steuereinnahmen und verantwortungsvollem Haushalten in der vergangenen Legislatur haben Grüne und CDU heute große Spielräume. Völlig unverständlich erscheint vor diesem Hintergrund, dass zu Beginn des Schuljahres 2017/18 insgesamt 1.074 Lehrerstellen abgebaut wurden. Die öko-konservativen Koalitionsparteien berufen sich auf einen Abbaupfad aus dem Jahr 2012, für den sie der SPD fälschlicherweise die alleinige Schuld zuschreiben. Zur Klarstellung lohnt sich der Blick zurück: Tatsächlich geht dieser nämlich auf eine Initiative des Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann zurück, der angesichts von Prognosen zu sinkenden Schülerzahlen den Abbau von 11.600 Lehrerstellen forderte.

Dass es nicht zur Umsetzung des gesamten Abbaupfades kam, ist insbesondere dem Widerstand der SPD und dem ehemaligen Kultusminister Andreas Stoch zu verdanken. Die Grünen wurden gezwungen einzulenken als klar war, dass der Bedarf an Lehrkräften angesichts von Zuwanderung, Inklusion und nun doch wieder steigenden Schülerzahlen keinesfalls abnehmen würde. Um das Gesicht des Ministerpräsidenten zu wahren, wurde vereinbart, den Abbaupfad zwar nicht aus dem Haushalt herauszunehmen, aber jedes Jahr neu zu überprüfen. Faktisch führte diese Abmachung zum Verzicht auf die geplanten Stellenkürzungen ab dem Haushalt 2015.

Aus SPD-Sicht war es im Nachhinein ein Fehler, den Abbaupfad nicht gleich komplett abzuräumen. Denn ausgerechnet die Grünen rechtfertigen heute ihren Stellenabbau mit dem Verweis auf diese Entscheidung aus der letzten Legislatur und gerne auch mit Fingerzeig Richtung SPD. Was sie dabei unterschlagen ist, dass sie den Stellenabbau nicht hätten

fortsetzen müssen. Die Grünen sind es, die heute weiterhin in der Regierung sind. Sie haben zusammen mit der CDU die Streichung von 1.074 beschlossen. Sie hätten auch eine Entscheidung gegen weitere Streichungen treffen können und haben es nicht getan.

Die grün-schwarze Landesregierung erzählt die Mär, dass sich der Stellenabbau und Neueinstellungen ausgleichen. Im Rahmen der Haushaltsberatungen konnte die SPD dies klar widerlegen (siehe z.B. www.fulst-blei.de, Reden/15.12.2017). Im Haushaltsjahr 2018 wird es 786 Stellen weniger geben, die auch durch einen Zuwachs in 2019 nicht vollständig ausgeglichen werden. Im Delta verliert der Kultusetat 461 Stellen. Zugleich aber kommen Aufgaben hinzu im Bereich Ganztagschule, Sprachförderung, Inklusion, Stärkung der Realschulen, Informatik sowie mehr Förderstunden für Deutsch und Mathe in den Grundschulen. Alles wichtige Vorhaben, die Bildungsqualität befördern und übrigens noch von der alten grün-roten Landesregierung auf den Weg gebracht wurden. Statt diese wichtigen Maßnahmen mit dem notwendigen Stellenzuwachs zu unterstützen, werden Stellen gestrichen. Für mehr Aufgaben gibt es immer weniger Lehrkräfte – paradox und verantwortungslos auch gegenüber den Lehrkräften, deren Arbeitsbelastung enorm ist und weiter steigt.

Einen Vorstoß der SPD zur Aufstockung der Krankheitsreserve an den Gymnasien und des Entlastungskontingents wurde von der grün-schwarzen Landesregierung abgelehnt. Gleiches gilt für unseren Antrag, mehr Stellen für Gymnasiallehrkräfte an den beruflichen und den Gemeinschaftsschule zu schaffen. Genug Lehrkräfte gäbe es für alle drei Forderungen, denn zum Beginn des Schuljahres haben 2.200 Gymnasiallehrkräfte keine Stelle erhalten. Grüne und CDU bemühen fadenscheinige Ausreden. Es grenzt an einen Skandal, dass die grün-schwarze Landesregierung dieses Potential ungenutzt lässt. Dabei höre ich jetzt schon das Gejammer, wenn sich in einigen Jahren die demographische Entwicklung auch bei der gymnasialen Lehrkräfteausbildung bemerkbar macht und dann zu weniger Absolventinnen und Absolventen zur Verfügung stehen.

Die Konsequenzen der öko-konservativen Politik lassen sich jetzt bereits ablesen. Der Unterrichtsausfall an den Gymnasien hat in diesem Schuljahr um ein Fünftel von 4,5 auf 5,4 Prozent zugenommen. Und nochmal: dies geschieht, während tausende Gymnasiallehrkräfte auf dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Die mangelnde Unterrichtsversorgung hat Auswirkungen auf Schülerleistungen und Lehrergesundheit sowie soziale Konsequenzen. Defizite die durch den Unterrichtsausfall entstehen können nämlich erfahrungsgemäß insbesondere im achtjährigen Gymnasium finanziell und mit Blick auf den Bildungsstand der Eltern schwächer gestellte Schülerinnen und Schüler schlechter ausgleichen. Sie zahlen zusammen mit den Kolleginnen und Kollegen an den Schulen den Preis für das Beharren der Grünen auf dem Stellenabbau. Unverständlich, dass die CDU dieses Spiel mitspielt, ja sogar die Grünen bei Podiumsdiskussion noch in Schutz nimmt.

Lehrerstellenabbau ist in Zeiten von Rekordeinnahmen und massiven Aufgabenzuwächsen an den Schulen an Zynismus kaum noch zu überbieten. Die SPD fordert für den Doppelhaushalt 2018/19 insgesamt 275 neue Stellen für Gymnasiallehrkräfte an Gymnasien, Gemeinschaftsschulen und beruflichen Schulen, davon 75 Stellen für die Aufstockung des Entlastungskontingents und der Krankheitsreserve.